

## **Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion zum Haushalt 2023 des Ostalbkreises in der Sitzung des Kreistages am 29. November 2022**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

### **Die deutsche Zeitenwende**

Deutschland erlebt eine Zeitenwende. Spätestens mit dem russischen Überfall auf die Ukraine hat diese Zäsur Zugang ins Bewusstsein der meisten Menschen gefunden. Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe, wie die Welt zuvor.

Das gilt in vielfacher Weise. Diese Zeitenwende bringt unmittelbar große Veränderungen mit sich und sie macht dadurch große Veränderungen erforderlich.

Diese Zeitenwende spitzt auch jene Probleme zu, die schon seit langer Zeit bekannt sind. Fragestellungen, die man durchaus ahnte oder um die man lange wusste, denen man aber aus Bequemlichkeit oder Ignoranz lieber nicht ins Auge blicken wollte. Es war leichter sie mit Geld zu verdecken, anstatt sie zu lösen. Immer häufiger ist in diesem Zusammenhang von einer „Überforderung des Systems“, von „Anpassung der hohen Standards“ - womit reduzieren gemeint ist – und von „Kein weiter so!“, die Rede. Das Wegducken vor unbequemen Wahrheiten können wir uns nicht mehr leisten.

Es ist beileibe nicht nur die sog. „Große Politik“ gefordert – wenn auch diese ganz besonders. Auch wir im Ostalbkreis, ja dieser Kreistag, steht in vielen Handlungsfeldern der Kreispolitik exakt vor dieser Aufgabe.

Die erste große Veränderung, die die Zeitenwende umschreibt, ist der Auslöser für die veränderten Koordinaten politischen Denkens und Handelns. Mit Putins Überfall auf die Ukraine wurde unsere gesamte Sicherheitsarchitektur der letzten Jahrzehnte mit einem Handstreich weg gewischt. Dies hat weitreichende Konsequenzen auf die gesamte Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Und es bedarf einer Veränderung der inneren Verfasstheit unserer Gesellschaft, was uns allzu schwer fällt, um mit der russischen Herausforderung umgehen zu können.

Putin hat mit seinem Überfall das Völkerrecht nicht nur gebrochen. Die europäische Kulturnation Russland hat das Völkerrecht aufgekündigt. Vergleiche mit Nazi-Deutschland drängen sich auf. Angesichts der Grausamkeit, Brutalität und Menschenverachtung, die wir in der russischen Kriegsführung sehen, wird sich

Wladimir Putin mit diesem Krieg zweifellos in die Reihe der großen Massenmörder der europäischen Geschichte der letzten 100 Jahre einreihen.

Wir, die freie Welt, müssen der Aggression Putins aktiv entgegen treten. Wir müssen zeigen: Hier wurde eine rote Linie überschritten, die niemand überschreiten darf! Insofern wird auch unsere Freiheit tatsächlich in der Ukraine verteidigt. Deshalb müssen wir dieses geschundene Land solange mit allem unterstützen, was nötig ist und solange wie dies nötig ist. Lassen Sie uns auch weiter fest an der Seite der Ukraine stehen!

Die zweite große Veränderung sind die Folgen des Ukrainekrieges auf uns selbst. Russland hat gerade Deutschland sehr gut studiert. Um das stärkste Land Europas aus der Phalanx der Gegner herauszubrechen, führt Russland von Beginn an einen Wirtschaftskrieg insbesondere gegen Deutschland, um unsere strategischen Schwächen brutal auszunutzen.

Die schärfste Waffe ist dabei die Energie. Insbesondere die hohen Energie- und Treibstoffpreise machen vielen Menschen und der Wirtschaft im Land ganz besonders zu schaffen. Wohnungen und Häuser bleiben kalt. Die Briefe der Energieversorger mit den neu festgelegten Abschlagszahlungen waren ein Schock und stellen einen tiefen Eingriff in das verfügbare Haushaltseinkommen vieler Menschen dar. Es ist dieses Problem, das die Politik zuvorderst lösen muss und man wünschte sich gelegentlich, es würde genauso viel Aufmerksamkeit erfahren wie Armbinden von Fußballspielern oder andere Streiflichter des medialen Geschehens.

Genauso muss es gelingen den Industriestandort Deutschland zu erhalten und in die Zukunft zu führen. Unsere Wirtschaft und insbesondere Kleinbetriebe und der Mittelstand ächzen unter den aktuellen Belastungen. Eine Deindustrialisierung einfach als schicksalhaft gegeben hinzunehmen ist keine Option und erst recht ist das keine Strategie. Dies würde das Wohlstandsversprechen dieses Landes obsolet machen. Es gilt jetzt eine Strategie zu entwickeln, wie wir möglichst bald wieder vernünftige Energiepreise bekommen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland, ja Europa langfristig abzusichern. Die beiden anderen großen Wirtschaftsblöcke der Welt – China und die USA - sind längst auf dem Weg und wir dürfen in deren Denken nicht zur bloßen Beute ihrer Interessen werden.

Dies gelingt am besten mit dem Einsatz alternativer Energieträger zur Substitution fossiler Brennstoffe. Und das am besten technologieneutral. Nur so werden wir wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten und unsere ambitionierten Klimaziele erreichen. Die CDU-Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich den Vorstoß unseres Landrats nochmals einen großen Impuls für die Erneuerbaren auf der Ostalb zu geben.

Die Wahrheit ist aber auch, dass wir uns hinsichtlich der Energiewende endlich ehrlich machen müssen. Der Ausbau der Erneuerbaren und die gesamte Energiewende folgen nach wie vor keinem langfristigen Plan. Es ist eher großangelegter Aktionismus, der mit der Hoffnung verbunden ist, je mehr und je

schneller, desto besser. Landwirtschaftliche Flächen dabei zu reinen Energieflächen zu machen, verkennt die neu in den Fokus gerückte strategische Bedeutung unserer Landwirte als Lebensmittelproduzenten. Auch das ist eine neue Bewertung. Allein der Ausbau unserer Stromnetze ist aber schon ein weiterer limitierender Faktor für das schneller, desto besser. Die CDU-Fraktion ermutigt daher unseren Landrat weiterhin an den Netzgesellschaften dran zu bleiben, um den planvollen Ausbau der Netze zu beschleunigen.

Eine Wahrheit ist auch, dass wir noch lange Zeit auch andere Energieträger benötigen werden. Ob wir wollen oder nicht. Für mich ist hierbei die schmutzige und extrem klimaschädliche Braunkohle jedenfalls die schlechteste Option.

Ich hoffe der ehemalige Chef des ifo Instituts, Prof. Hans Werner Sinn, behält am Ende nicht recht, wenn er sagt: „Wir sind der Geisterfahrer auf der Autobahn. Wir behaupten, die anderen würden in die falsche Richtung fahren.“

Eine weitere spürbare Folge des Ukraine-Krieges ist die neue Flüchtlingswelle, die die Kommunen im Ostalbkreis mit voller Wucht erreicht hat. Nur durch die großartige Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung konnten wir diese Herausforderung recht gut und fast geräuschlos meistern. Dafür dankt ihnen die CDU-Fraktion sehr! Doch jetzt kommen wir an Grenzen. Die Unterbringung stellt für den Kreis aber auch für die Kommunen zunehmend ein größer werdendes Problem dar. Es ist zu befürchten, dass wir im Winter eine neue Welle von Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet erleben werden. Die einzige Option ist dann die Unterbringung in Turnhallen oder anderen Gemeinschaftsunterkünften. Katastrophenschutz und Resilienz sind daher auch durch den Ostalbkreis weiter zu verstärken und auszubauen. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht aufs Spiel zu setzen fordern wir die Bundesregierung auf, den Rechtskreiswechsel in das Hart-IV-System rückgängig zu machen und endlich auf eine gerechtere Verteilung der Menschen in Europa hinzuwirken. Es ist kaum verständlich, dass Baden-Württemberg mit 11 Mio Einwohnern bisher mehr Menschen aufgenommen hat, als unser großer Nachbar Frankreich mit 67 Mio Einwohnern.

Für die dritte große Veränderung hat der Ukraine Krieg lediglich wie ein beschleunigter Katalysator gewirkt. Es ist das Phänomen, dass viele Systeme in Deutschland und die Standards, die wir uns geschaffen haben, zunehmend an ihre Grenzen stoßen. Überbordende, Dynamik hindernde, die Freiheit zunehmend beschneidende Bürokratie und schlicht fehlende Menschen als Arbeitskräfte lassen die Leistungsversprechen der Politik immer öfter zu Worthülsen werden. Ein „weiter so“ kann es nicht geben, wie der Gemeindetag Baden-Württemberg, die kommunalen Spitzenverbände und namhafte Institutionen der Wirtschaft in einem Weckruf an die Politik konstatiert haben. Auch hier gilt es, sich ehrlich zu machen. Bisher hat man versucht politische Versprechen mit viel Geld möglich zu machen, weil man noch genug davon hatte. Ob dies auch weiterhin so sein wird, darf bezweifelt werden.

## **Der Haushalt des Ostalbkreises für das Jahr 2023**

Der Ostalbkreis meine sehr verehrten Damen und Herren, hat im kommenden Jahr grundsätzlich noch genug Geld, auch wenn es natürlich immer ein bisschen mehr sein dürfte und die Aufgaben nicht weniger werden.

Das Gesamthaushaltsvolumen steigt im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 87 Mio Euro oder 10 Prozent auf mittlerweile fast 1 Mrd Euro an. Allein der Kernhaushalt wächst um über 13 Prozent oder sage und schreibe fast 71 Mio Euro. Dies aber nicht nach Jahren des Darbens, sondern nach wiederholten Rekordjahren.

Bei einem geplanten Umlagesatz von 31 Prozent erreicht die Kreisumlage mit 644 Mio Euro erneut schwindelerregende Rekordhöhen. Dies spült 2023 36 Mio Euro mehr in die Kassen des Kreises, nach 65 Mio Euro bereits im Vorjahr. Jeder Ostalbbürger wird im kommenden Haushaltsjahr rechnerisch 627 Euro zum Haushalt beitragen. Das ist absolute Spitze im Regierungspräsidium Stuttgart.

Wir haben definitiv kein Einnahmeproblem.

Dass wir diese hohe Steuerkraft abbilden können, liegt nicht zuletzt an der prächtigen wirtschaftlichen Entwicklung, die der Ostalbkreis in den letzten 20 Jahren genommen hat. Einzelne große Steuerzahler leisten hierbei einen überproportionalen Anteil. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir auch weiterhin Entwicklung zulassen. Die jüngsten Entscheidungen von Zeiss und Hensoldt unterstreichen dies. Die Entwicklung unserer Unternehmen zu unterstützen war schon immer CDU Politik in diesem Kreis. Dafür stehen wir auch weiterhin.

Die von unserem Landrat in seiner haushaltspolitischen Rede formulierten Handlungsfelder für einen zukunftsfähigen Ostalbkreis tragen wir deshalb ausdrücklich mit.

Nachdem unser Kreiskämmerer trotz Rekordeinnahmen für 2023 aber dennoch mit einem spitzen Bleistift rechnen muss, haben wir aber vielleicht ein Ausgabenproblem.

Die großen Problemkreise bei den Ausgaben liegen dabei ausschließlich im konsumtiven Bereich des Ergebnishaushalts. Erhebliche Steigerungen im Personalbereich (brutto + 8 Mio), im Sozialhaushalt (+ 9 Mio) und vor allem das steigende und sich zu einem haushalterischen Risiko entwickelnde Defizit der Kliniken von möglicherweise 20 Mio Euro oder gar mehr, zeigen sehr deutlich, wo die Probleme des Kreishaushalts strukturell zu suchen sind.

Sich auf den Automatismus zu verlassen, höhere Ausgaben = höhere Kreisumlage ist angesichts der ungewissen wirtschaftlichen Entwicklung und im Sinne der Partnerschaft mit den Städten und Gemeinden im Ostalbkreis sehr riskant. Angesichts der andauernden Probleme der allermeisten Kommunen im Kreis ihren Haushalt auszugleichen, geschweige denn die Abschreibungen zu erwirtschaften, während dies der Ostalbkreis erneut kann, gebietet es auch die Fairness innerhalb der kommunalen Familie sich nicht nur auf die Kreisumlage zu verlassen, sondern auch nach anderen Instrumenten der Finanzierung zu suchen.

Bei teilweise erheblichen Risiken bei den Ausgaben im Bereich der Sozialausgaben, steigenden Abschreibungen, einer ungewissen Entwicklung der Krankenhausdefizite und der Entwicklungen im ÖPNV müssen wir bei den Ausgaben im konsumtiven Bereich aus unserer Sicht eine Gegenbewegung einleiten. Um diese Ausgabendämpfung zu erreichen, sieht die CDU-Fraktion folgende Ansätze:

1. Wir fordern die Verwaltung auf, in eine fortlaufende Aufgabenkritik einzusteigen, um Einspar- und Effizienzeffekte zu identifizieren und zu realisieren. Hier gilt es auch Standards zu hinterfragen.
2. Wir beantragen die Erhöhung der globalen Minderausgabe beim Personal auf 1 Mio Euro. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung sollte dies möglich sein.
3. Wir beantragen, die Notwendigkeit der teils erheblichen Steigerung neuer Stellen zu hinterfragen. Die CDU Fraktion stellt ausdrücklich keine Anträge für einzelne neue Haushaltsstellen.
4. Wir beantragen eine globale Minderausgabe von 1 Prozent im Ergebnishaushalt (5,5 Mio Euro). Damit sollen Ausgaben reduziert oder ein Beitrag zur Finanzierung anstehender Investitionen auch aus dem Haushalt heraus geleistet werden. Dies ist ausdrücklich als Zielvorgabe zu verstehen und nicht als zwingend zu erreichende Größe. Einen erkennbaren Ehrgeiz erwarten wir aber natürlich schon.
5. Um die Höhe der Abschreibungen zu senken, sollen große Investitionen nach Möglichkeit in der Infrastrukturgesellschaft des Ostalbkreises abgewickelt werden.
6. Angesichts der im Vergleich mit anderen Kreisen hohen Pro-Kopf-Leistungen zur Kreisumlage, beantragen wir die Erstellung einer Benchmark mit anderen Landkreisen zu wesentlichen Ausgabepositionen, um Vergleichswerte zu erhalten.
7. Die CDU-Fraktion trägt die Kreisumlage von 31 Punkten in diesem Jahr mit. Wir fordern die Verwaltung auf, Vorschläge für eine Stabilisierung der Kreisumlage zu erarbeiten. Sich evtl. bis zum Jahresende ergebende Spielräume sind auch zur Senkung der Kreisumlage zu verwenden.
8. Vorschläge der Verwaltung sollen im „Grünen Deckblatt“ dargestellt werden.

### **Sozialausgaben verantwortungsvoll gestalten**

Der Bereich Soziales ist und bleibt unser größter Ausgabenblock. Die CDU-Fraktion wünscht sich mehr Transparenz bei den Abschlüssen mit freien Trägern. Auch hier bitten wir um die Überprüfung unserer Standards, gerade und besonders im Bereich der neuen Leistungen des Bundesteilhabegesetzes. Wir wissen natürlich, dass ein Großteil der Ausgaben gesetzlich definiert ist. Grundsätzlich sollte dennoch auch im Sozialbereich eine Kostendämpfung über das Ausschöpfen von Spielräumen angestrebt werden.

Überbordende Ausgaben und eine kaum mehr beherrschbare Bürokratie für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Anzeichen für eine drohende Überforderung des Sozialsystems. Allein durch die Änderungen beim Wohngeld und auch durch die Einführung des Bürgergeldes waren und sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter massiv gefordert und belastet. Dafür gebührt ihnen unsere Anerkennung und unser Dank! Unser Landrat hat Recht, wenn er in seiner Haushaltsrede betont hat, wie wichtig Verlässlichkeit und damit das Funktionieren der Verwaltungen für das Vertrauen der Menschen in unseren Staat sind.

Genauso wichtig ist aber auch das Fingerspitzengefühl für die Ausgestaltung von Sozialleistungen. Viele Einkommensempfänger, die den Grenzen zum Erhalt sozialer Leistungen durch Inflation und hohe Energiepreise leider sehr viel näher gekommen sind, obwohl sie jeden Tag arbeiten gehen und Steuern bezahlen, achten sehr genau darauf, ob sie am Ende spürbar mehr übrig haben, als Leistungsempfänger des Sozialsystems. Arbeit muss grundsätzlich immer attraktiver sein, als Unterstützung vom Staat. Hier kommt auch der verantwortungsvollen Lohnpolitik der Tarifparteien eine große Bedeutung zu.

Angesichts der aktuellen Inflation ist es unstrittig, dass die Regelsätze des künftigen Bürgergeldes erhöht werden müssen. Ebenso richtig ist aber, dass das Prinzip des Förderns und Forderns aufrechterhalten wird, um den Betroffenen möglichst schnell wieder den Eintritt in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Angesichts der eklatanten Knappheit an Arbeitskräften in allen Bereichen, von der Reinigungskraft bis zum Chefarzt, dürfen Sozialreformen nicht dazu führen dem Arbeitsmarkt Arbeitskräfte zu entziehen. Das Gebot der Stunde ist, sie schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen damit ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir brauchen mittlerweile jede Hand! Dies trifft besonders auf den Bereich der Pflege zu und zuvorderst auf die Altenpflege. Der Ruf nach mehr Qualität in der Pflege verhallt ohne Personal im Nirwana sozialpolitischer Fensterreden. Angesichts der Demographie sollte der Kreis dringend das Gespräch mit den Trägern aufnehmen, wie man diesem Notstand entgegen wirken kann. Gerade weil wir die Grenzen des Machbaren langsam erkennen, muss die Eigenverantwortung jedes einzelnen als Prinzip wieder deutlich in den Vordergrund rücken und nicht zuerst die Leistungserwartung an den Staat ohne den Gedanken der Solidarität aufzugeben.

### **ÖPNV noch neuer denken**

Der ÖPNV mit der Schülerbeförderung als weiterer großer Ausgabenblock steht gegenwärtig durch die Einführung diverser neuer Ticketsysteme vor ungewissen Zeiten. Die Flatratetickets sind ein echter Gamechanger, durch den auch wir uns neu ausrichten müssen. Die Folgen für die Mobilitätskonzepte auf der Ostalb sollten im Ausschuss intensiv diskutiert werden.

ÖPNV neu denken heißt auch, hier ebenfalls der Wahrheit ins Auge zu schauen. Unsere Vorstellungen von immer mehr Buslinien und umfangreicheren Angeboten auch im ländlichen Raum werden wir wohl überdenken müssen. Die entscheidenden Fragen sind dabei: 1. Wer soll das bezahlen? Und 2. Woher nehmen wir die Busfahrer? Der Lokführermangel bei GoAhead auf der Riesbahn steht exemplarisch für diese Situation. Selbst das Land Baden-Württemberg hat in Person des Ministerpräsidenten die ehrgeizige Mobilitätswende des Verkehrsministers Hermann einstweilen einkassiert, weil man an die Machbarkeit nicht mehr glaubt. Es fehlen sowohl das Geld, wie auch der Glaube an die Erreichbarkeit der gesetzten Ziele. Die CDU-Fraktion hat darauf in der Vergangenheit mehrfach hingewiesen. Wir fühlen uns durchaus bestätigt, wenn auch unser Ministerpräsident jetzt zu diesem Ergebnis kommt.

Dennoch sollten wir die Diskussion gestaffelter Schulanfangszeiten weiter intensiv führen, um uns Spielräume zu schaffen. Genauso müssen wir Antworten darauf finden, wie der ÖPNV im ländlichen Raum aussehen soll. Bei einer Informationsveranstaltung mit dem Verkehrsministerium hier im Hause wurde deutlich artikuliert, dass es dort wohl in absehbarer Zeit keinen mit den Städten auch nur annähernd vergleichbaren ÖPNV geben wird. Die Verkehrs- oder Mobilitätswende wird also vor allem in der Stadt stattfinden. Umso mehr wird der Individualverkehr in der Fläche für die Menschen im ländlichen Raum auf absehbare Zeit eine zentrale Säule ihrer Mobilität sein müssen. Aus diesem Grund und, weil die Logistik in Ostwürttemberg aufgrund nachgewiesener mangelnder Leistungsfähigkeit der Bahn auf die Straße angewiesen sein wird, müssen wir dem Ausbau und dem Unterhalt unserer Straßeninfrastruktur weiterhin große Aufmerksamkeit widmen. Der weitere Ausbau der B 29 auf ganzer Länge und der wichtigen Ortsumfahrungen entlang der L 1060 müssen daher mit Nachdruck weiter betrieben werden. Mittelfristig gibt es zur Straße wohl keine wirkliche Alternative.

### **Faire Angebote im Ländlichen Raum – faire Finanzierung im Ostalbkreis**

Zudem stellt sich die Frage einer gerechten Finanzierung des ÖPNV. Wer wie der ländliche Raum mit bezahlt, sollte auch eine adäquate Leistung erhalten. Eine flächendeckende Mobilitätsabgabe für den gesamten Kreis lehnen wir daher ab. Möglicherweise kann diese aber auf Wunsch der betreffenden Kommunen in einzelnen Verkehrsräumen einen Beitrag zur Finanzierung leisten. Insofern hoffen wir, dass Innovationen im Verkehrssektor wie autonom fahrende Busse, uns neue Perspektiven eröffnen werden.

## **Investitionen in die Zukunft möglich machen**

Der Erkenntnis, dass nicht alle hochfliegenden Pläne umgesetzt werden können, steht die Einsicht gegenüber dennoch wichtige Investitionen in die Zukunft des Ostalbkreises auf den Weg zu bringen. Die veranschlagten Investitionsmittel sind nach wie vor auf hohem Niveau und werden dies auch bleiben.

Allerdings kann der Nettoinvestitionsaufwand nicht aus den Einzahlungen des Ergebnishaushaltes gedeckt werden, was eine höhere Kreditaufnahme erfordert. Angesichts der langfristigen Wirksamkeit der ausgelösten Maßnahmen ist dies aber nicht ungewöhnlich. Es wäre geradezu haushalterischer Luxus, würden wir diese Summen einfach aus dem laufenden Haushalt bezahlen können. Auch der Häuslebauer finanziert sein Eigenheim in der Regel nicht in einem Jahr, sofern man sich das gerade überhaupt noch leisten kann.

Die CDU-Fraktion hat die Verwaltung aufgefordert, zur Finanzierung des neuen Verwaltungsgebäudes auf dem Union-Areal einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen, der auch einen deutlichen Finanzierungsanteil aus Einsparungen im konsumtiven Bereich des Haushaltes beinhalten soll. Sprich über klassisches Sparen und Wirtschaften. Kreditaufnahmen und Kreisumlageerhöhungen sehen wir erst als Mittel der zweiten Wahl. Wir bekräftigen dies heute erneut und sind der Meinung, dass es mit den weiter oben dargelegten Maßnahmen auch gelingen kann.

Einen erheblichen Beitrag dazu kann eine Reduzierung des Defizites unserer Kliniken leisten. Wir planen für das Jahr 2023 mit sage und schreibe 20 Mio Euro und fürchten insgeheim heute schon, dass es auch mehr sein könnte. Dieses Defizit von möglicherweise dauerhaft 25 oder 30 Mio Euro hängt uns heute schon wie Blei um den Hals. Alle kritisch diskutierten Infrastrukturmaßnahmen wären bei einer Halbierung des Planbetrags ohne Probleme finanzierbar und die Kreisumlage könnten wir auch noch senken. Mittelfristig werden die hohen Klinikdefizite die Leistungsfähigkeit des Ostalbkreises erheblich einschränken. Auch die Städte und Gemeinden werden über steigende Kreisumlagesätze davon betroffen sein.

Die CDU-Fraktion stellt daher den Antrag, durch die Verwaltung umgehend Maßnahmen einzuleiten, die zu einer kurzfristigen Reduzierung des Defizits in den Kliniken führen.

## **Neue Strukturen der Kliniken und in der ambulanten Gesundheitsversorgung**

Dauerhaft, so ist die Hoffnung und eines der Ergebnisse der intensiv geführten Klinikdiskussion, wird sich die finanzielle Situation wohl nur verbessern, wenn wir unsere Klinikstruktur zukunftsfähig verändern und an die nicht immer populären Realitäten und Vorgaben der Politik anpassen. Diese Aufgabe geht weit über ordinäre Diskussionen über Defizite hinaus. Längst ist der ganz wesentliche Faktor das knappe Personal, der zuvorderst zum Handeln drängt. Gesundheit ist das höchste Gut der Menschen und deshalb ist das Angebot unserer Kliniken und die



gesamte Struktur der medizinischen Versorgung die mit Abstand wichtigste Infrastruktur dieses Landkreises. Egal auf welche Lösung wir uns am Ende verständigen werden, in allererster Linie geht es um die beste Lösung für die Menschen auf der Ostalb!

Ich persönlich habe großen Respekt vor dieser Aufgabe. Ja man kann schon demütig werden, wenn man sich Größe und Tragweite der anstehenden Entscheidungen vergegenwärtigt. Im 50. Jahr des Bestehens des Ostalbkreises müssen wir eine tragfähige Struktur entwickeln, die für die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung mindestens 50 Jahre halten muss. Einen zweiten Schuss haben wir nicht frei. Der erste und einzige muss ins Schwarze treffen.

Ich denke allen Mitgliedern dieses Gremiums ist durch die intensiven Informationen und Diskussionen klar geworden, dass gerade bei den Kliniken ein „Weiter so!“ ausgeschlossen ist. Welche Variante man auch immer bevorzugen mag, alle werden entscheidende Veränderungen auslösen.

Die aktuellen politischen Tendenzen von Bund und Land formulieren einige Parameter, die für das durch die Landkreisverwaltung vorgelegte Konzept entscheidend sind. Ohne tiefer in die komplexe und kaum in der Kürze der Zeit darstellbare Thematik einsteigen zu wollen, sind dies im Wesentlichen

- Zentralisierung der Krankenhauslandschaft
- Krankenhausplanung in Raumschaften denken
- Berücksichtigung sektorenübergreifender Ansätze
- Qualitätsoptimierung / Fallzahlen

Hinzu kommen Erwartungen des Personals in der Pflege und im ärztlichen Bereich an ein künftiges Arbeitsumfeld. Moderne technische Ausstattung, Operationsverfahren nach dem neuesten Stand, Attraktivität des Arbeitsplatzes und die effiziente Organisation der Abläufe sind nur einige Parameter, die es zu berücksichtigen gilt. Junge, gut ausgebildete Ärzte und Pflegekräfte gewinnen wir nur mit wettbewerbsfähiger Medizin und Qualität.

Und nicht zuletzt gibt es auch noch die Erwartungen unserer potentiellen Patienten, die es zu beachten gilt. Diese haben ohnehin den freien Vergleich mit anderen Häusern und dort wurde vielfach erheblich investiert. Erfüllen wir diese nicht, stimmen die Patienten am Ende mit den Füßen ab.

Das macht sehr deutlich, dass unsere Entscheidung nicht von Emotionen getragen werden darf, sondern von einem ausgewogenen und von Fakten getragenen Entscheidungsprozess.

## **„So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“**

Die CDU-Fraktion steht geschlossen für die Dezentralität der Versorgung. Das klare Bekenntnis des Landrats in seiner Haushaltsrede „So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ unterstützen wir. Zugleich sieht eine signifikante Mehrheit der CDU-Fraktion aber auch die Notwendigkeit zentral Neues zu schaffen und befürwortet daher die Bildung eines Regionalversorgers im zentralen Bereich des Kreisgebiets. Die Erreichbarkeit spielt für uns dabei eine große Rolle. Es darf keine Unterschiede zwischen Menschen in den verschiedenen Teilen des Ostalbkreises geben. Die Bürger in Riesbürg oder Unterschneidheim sind uns ebenso wichtig wie jene in Lorch oder Waldstetten. Zudem muss aus unserer Sicht ein möglicher Regionalversorger verkehrsgünstig an der B 29 gelegen sein. Daraus leitet sich zwingend ab, dass wir im Sinne einer guten Erreichbarkeit, sollten wir uns auf dieses Konzept einigen, geschlossen den Ausbau der B 29 als zentrale Achse im Ostalbkreis forcieren müssen. Heute sind gerechnete 30 Minuten nicht immer 30 Minuten. Ohne Entscheidungen vorweg zu nehmen sollte geprüft werden, ob parallel zu den umgehend zu führenden Regionalkonferenzen eine erste Prüfung möglicher Standorte vorgenommen wird.

Nachdem bis zu 75 Prozent der Fälle in unseren Kliniken ambulant sind, ist der Ansatz mit dezentral platzierten Gesundheitszentren oder -campus für eine wohnortnahe ambulante Notfallversorgung im Konzept des Landrats zu begrüßen. Notfall bedeutet für die CDU-Fraktion 24/7. Gerade im Bereich dieser Angebote ist noch vieles unklar. Wir fordern daher die Verwaltung auf die zahlreichen mittlerweile formulierten offenen Fragen baldmöglichst zu beantworten und zu konkretisieren. Dies würde Klarheit vor Ort schaffen und den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit geben und viele Ängste nehmen. Wie sehen die Patientenwege aus? Wo werde ich im Notfall versorgt? Wo gehe ich hin, wenn die Wehen einsetzen? Wie sieht die künftige Nutzung von Standorten aus? Das sind nur einige Fragen, die es zu konkretisieren gilt.

Die angekündigten regionalen Strukturgespräche sind zeitnah vor einer Entscheidung durchzuführen, um die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, die niedergelassenen Ärzte einzubinden und das Verfahren noch transparenter zu machen als es dies bisher ohnehin schon war.

## **In die Zukunft investieren, statt mit Defiziten die Vergangenheit konservieren**

Egal wie unser Konzept am Ende aussehen wird. Es wird auch Investitionen und Respekt einflößender Höhe erfordern. Diese werden immer wieder auch den derzeitigen Defiziten gegenüber gestellt. „Bevor wir so viel investieren, können wir doch auch die Defizite weiter tragen“. Nein. Denn die bevorstehenden Investitionen tragen zur Schaffung eines modernen, leistungs- und zukunftsfähigen klinischen Angebots im Kreis bei, während das Tragen der Defizite uns in sehr kurzer Zeit in der Vergangenheit medizinischer Versorgung zurücklassen wird.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Jahres 2023 ist erneut eine sehr solide und belastbare Grundlage für die Kreispolitik. Er lässt Perspektiven und Gestaltungsraum für die Entwicklung der Ostalb zu. Ich freue mich auf einen konstruktiven, fruchtbaren Dialog mit der CDU-Fraktion und wäre sehr dankbar, wenn unsere Anträge und Anregungen Ihre Zustimmung finden würden.

Für seine solide Arbeit danke ich unserem Kreiskämmerer Karl Kurz sehr! Noch größer wird der Dank natürlich, wenn Sie, lieber Herr Kurz, einige unserer Anregungen berücksichtigen können. Ebenso danke ich im Namen der CDU Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für Ihr Engagement und Ihren Einsatz für unseren Ostalbkreis. Heute zuvorderst natürlich allen, die am vorgelegten Haushalt mitgearbeitet haben. Und zuletzt danke ich unserem Landrat Joachim Bläse. Danke für den Mut und auch die Entschlossenheit das so wichtige Klinikthema endlich grundlegend anzugehen, obwohl man dafür nicht immer nur Blumen erhält! Aber diese Arbeit muss gemacht werden.